

TRIGLAV.

Zeitschrift für vaterländische Interessen.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Peter Grasselli.

Insertionsgebühren:
Für die 3spaltige Zeile oder deren Raum bei 1maliger Einschaltung 6 fr., 2 Mal 8 fr., 3 Mal 10 fr.
S t e m p e l jedes Mal 30 fr.
Redaktion und Administration:
Klosterfrauengasse Nr. 57 (gegenüber dem Casino).
Zuschriften und Geldsendungen
sind zu richten an den Eigenthümer des Blattes.
Manuskripte werden nicht zurückgesendet

Erscheint
jeden Samstag
und kostet:
Mit der Post ganzjährig . . fl. 5 —
halbjährig . . „ 2.50
Für Laibach ganzjährig . . fl. 4.—
halbjährig . . „ 2.—
Für die Zustellung in's Haus sind ganzjährig 50 fr.,
halbjährig 30 fr. zu entrichten.
Einzeln Nummer 10 fr.

III. Jahrgang.

Laibach am 1. August 1868.

N. 33.

Pränumerations - Einladung.

Mit der heutigen Nummer eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Triglav“. Wir ersuchen hiebei um baldige Erneuerung der mit Ende Juli abgelaufenen Abonnements, erwarten aber auch zahlreiche neue Pränumerations-Erklärungen, indem wir auf den am 22. d. M. erfolgenden Zusammentritt der Landtage aufmerksam machen, über deren Sitzungen, namentlich über jene des krainischen Landtages, wir möglichst ausführliche, jedenfalls vollständige Berichte bringen werden.

Preise

bis Ende December:

Mit der Post 2 fl. 10 kr. Für Laibach 1 fl. 70 kr.
(Für die Zustellung ins Haus 25 kr.)

Gene P. T. Abonnenten, von denen wir die Pränumerationsgelder für den II. Semester (d. i. für die Zeit vom 1. Juli bis Ende December) noch nicht erhalten haben, bitten wir, uns die entfallenden Beträge baldigst einzusenden zu wollen.

Die Administration des „Triglav“.

Die neue politische Organisation und unsere Gemeinden.

Aus dem Sanntthale, 30. Juli.

Z. — Ueber die politische Organisation sind bisher noch nirgends eingehende Urtheile laut geworden. Es scheint, daß man es der Praxis überlassen wolle, die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der neuen Eintheilung zu erproben. Praktische Männer sind hierüber längst im Reinen, denn sie haben ja bereits die vom 1. Jänner 1851 bis Oktober 1854 gemachten Erfahrungen für sich und wissen daher recht gut, daß dieses System der Verwaltung zu Nichts taugt; ist es ja doch in Wirklichkeit nichts anderes, als das, was wir bereits in obiger Periode schon gehabt haben und was sich für das Flachland als durchaus unpraktisch erwiesen hat; dieß hat selbst Minister Alex. Bach eingesehen und deshalb mit diesem System ganz gebrochen. Es ist daher wahrlich ganz unbegreiflich, wie man zu dieser Erbschaft des Ministeriums Bach greifen konnte. Sie wird zwar nach einem offiziellen Commentar als eine Erbschaft vom Ministerium Belcredi bezeichnet — Wunder genug, daß man eine solche Erbschaft angenommen, wahrscheinlich darum, weil man nichts Neuere und Originelleres zu schaffen wußte; die nackte Wahrheit bleibt also doch, daß diese Schöpfung nur dem Uerschöpfer Bach zu verdanken sei. Das Ministerium Belcredi hatte hiebei den offenen Weg der Discuffion betreten, um dadurch zweckmäßige Verbesserungen erzielen zu können, es hatte den Entwurf der neuen administrativen Territorialeintheilung zur Begutachtung an die Einzel-Landtage geleitet, allein die Landtage der reindeutschen, oder der Majorität nach deutschen Kronländer, als starre Repräsentanten des Centralismus, haben hiebei ihre verfassungsmäßige Competenz bezweifelt und die Berathung abgelehnt. Nun trat das ganze Organisationswerk mit aller Dringlichkeit an die jetzige Regierung heran, man entschloß sich endlich die Trennung der Justiz von der Verwaltung faktisch durchzuführen, obwohl in judicieller Hinsicht noch gar keine neuen Gesetze geschaffen sind; dieser Umstand aber war gerade von dem gegenwärtigen Sectionschef Dr. Waser als Obmann des betreffenden Reichsraths-Ausschusses im Jahre 1862 als Hinderniß für die schon damals beantragte Trennung mit aller Entschiedenheit hingestellt worden, und seiner damaligen Einflußnahme hat man es zu verdanken, daß die faktische Trennung bis zum heutigen Tage verschoben blieb. Damals war Herr Dr. Waser noch Oberstaatsanwalt, heute ist er Sectionschef im Justizministerium, also Mitglied des Ministeriums, und obwohl auch heute noch keine neuen Justizgesetze geschaffen sind, so mußte dennoch an die grundsätzlich ausgesprochene Trennung der Justiz von der Verwaltung geschritten werden, auf daß doch irgend etwas endlich ins Werk gesetzt werde. Damit also hatte es jetzt plötzlich große Eile, und damit die Sache nicht wieder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werde, blieb nichts anders übrig, als das Gutachten der Landtage, wo es fehlte, durch das Gutachten derjenigen Landtagsabgeordneten, welche gleichzeitig dem Reichsrathe angehören, zu suppliren. In dieser Weise wurde eben unser Kronland organisiert, es wurde speciell für die südbliche, von Slovenen bewohnte Steiermark das Gutachten von unserm Reichsrathsabgeordneten Hrn. Dr. Waser, Hrn. Johann Lipold und Hrn. Alois Lendek eingeholt, welche in dieser Richtung unsern ganzen Landtag vertreten haben. Man hat alle Achtung vor dem Gutachten, das Herr Dr. Waser über diesen Gegenstand abgegeben haben wird — denn sein reichliches Wissen in jeder Richtung ist Bürge für dessen Werth — aber ob er eine praktische Anschauung über die notwendige Thätigkeit politischer Behörden in unserer Zeit je gewonnen, bezweifelt man sehr, denn weder als Professor in Innsbruck, noch als Staatsanwalt in Graz hatte er je Gelegenheit dazu gehabt. Um Fachmann in irgend einer Sphäre zu sein, muß man selbst eigene Erfahrungen im praktischen Leben erworben haben. Ob aber Herr Joh. Lipold, dieser zwar nicht sehr beredte, aber gesinnungstüchtige (diese Eigenschaft hat er schon am ersten Abende nach seiner Wahl zum Landtagsabgeordneten satzbar bewiesen) und opferwillige Reichsrathsdeputirte (er wohnt doch trotz seiner „Familien- und Krankheitsverhältnisse“ sehr fleißig den Sitzungen im Abgeordnetenhaus bei!) die geeignete Persönlichkeit war, sich über die Verhältnisse und Bedürfnisse unseres Landes theils auszusprechen, darüber rath uns die Klug-

heit, lieber zu schweigen; ebenso kann man mit Grund bezweifeln, daß Herr Alois Lendek, dieser allerdings sehr thätige und unternehmungslustige Geschäftsmann, ein eigenes, praktisches Urtheil abzugeben im Stande gewesen wäre. Wägen nun auch diese Herren wiederholt über jenen höchst wichtigen Gegenstand befragt worden sein, so kann man sich doch vollkommen überzeugt halten, daß ihr Gutachten ganz mit der Anschauung des Regierungsentwurfes übereingestimmt habe. So ist es nun geschehen, daß wir abermals zu den schon einmal als unpraktisch erprobten Bezirkshauptmannschaften gelangten. Diese Schöpfung wäre ohne Zweifel eine sehr schöne Idee, aber nur unter der sehr wichtigen Voraussetzung, daß wir am Lande durchaus lebensfähige Gemeinden besäßen, oder sie in Kürze zu besitzten Aussicht hätten. Der Grundgedanke in unserer gegenwärtigen politischen Organisation ist die autonome Gemeinde. Der Gedanke ist sehr schön und liberal, aber in der Praxis am flachen Lande fast durchaus unausführbar. Die autonome Gemeinde muß, wenn sie lebensfähig sein soll, zwei Vorbedingungen enthalten. Sie muß erstens über materielle Kräfte und zweitens über geistige Kräfte verfügen können. In der ersten Richtung müssen die Gemeinden weit größere Körperschaften bilden, als dieß bisher der Fall ist, d. h. sie sollen wenigstens eine Seelenanzahl von 8000 enthalten. Gegenwärtig zählt manche Gemeinde bei uns sogar weniger als 1000 Seelen und Gemeinden mit 2000, 3000, 4000 Seelen gehören schon zu den großen. Woher aber sollen so kleine Gemeinden die erforderlichen Geldmittel nehmen, um die mit der Gemeindeverwaltung nothwendig verbundenen Ausgaben zu decken? Daß eine solche Aufgabe eine reine Unmöglichkeit ist, wird Jedermann einsehen, der sich nur einmal in seinem Leben in solchen Gemeinden bewegt hat. Dieß ist auch der Grund, daß viele in den eigenen Wirkungskreis der Gemeinden fallenden Angelegenheiten brach liegen und gar keiner Aufmerksamkeit gewürdigt werden, so namentlich die Polizei- und Sanitätsangelegenheiten, welche an gänzlicher Vernachlässigung leiden. Größere Gemeinden hingegen verschaffen sich weit leichter die nöthigen materiellen Kräfte und Einkünfte, und können sonach auch qualitativ die Verwaltung entsprechender besorgen. Zu kleine Ortsgemeinden sind ein Krebsgeschwür für das Gemeinleben und können niemals lebensfähig sein. Es hätte daher im legislativischen Wege eine bestimmte Grenze festgesetzt werden müssen, nach welcher bei Constituirungen von Gemeinden rücksichtlich der Seelenanzahl ein ausgesprochenes Minimum einzuhalten gewesen wäre. Allein unser Landtag hat in der damaligen Session, als das Gemeindegesetz beraten wurde, mit gänzlicher Verkennung oder Verleugnung der factischen Verhältnisse die Gelegenheit hierzu unbenützt vorübergehen lassen, um der freien Constituirung der Gemeinden möglichst wenig Schranken zu setzen und sich dadurch nur nicht der Gefahr des Vorwurfs auszusetzen, daß man nicht hinlänglich liberal denke und handle! Allein auch die liberalste Freiheit hierin muß bestimmte Grenzen besitzen, und zwar solche Grenzen, welche die Grundbedingungen zur Lebensfähigkeit und kräftigen Entwicklung des Gemeinlebens enthalten; denn kräftige und selbstbewußte Gemeinden bilden die sichere Grundlage eines Staates, der auf wahrer constitutioneller Freiheit gebaut sein will. Auf diese unverantwortliche Weise geschah es, daß in unserm Lande Gemeinden wie Pilze entstanden; denn in dem Sprengel unserer künftigen Bezirkshauptmannschaft Cilli, welche aus den Bezirken Cilli, Franz, Oberburg, Erlichstein, Tüffer und Sonobitz bestehen wird, existiren gegenwärtig bei einer Anzahl von 114.000 Seelen — 101 Ortsgemeinden, während nach obiger Darstellung 15 große, lebensfähige Gemeinden genügen müßten. — Was die geistigen Kräfte einer Gemeinde anbelangt, so kann man sich wohl vorstellen, wie schwer solche zu finden sind, wenn auf eine Gemeinde nicht viel mehr als 1000 Seelen entfallen, wie es obiges Verhältniß nachweist. Wer unter dem Volke und mit demselben lebt, und nicht beim grünen Tische seine Anschauungen gewinnt, der weiß es, daß wir heut zu Tage Gemeindevorsteher am flachen Lande haben, die nicht einmal lesen und schreiben können. Es finden sich wohl zufällig in solchen kleinen Gemeinden einzelne geeignete und verständige Männer, aber sie sind doch so selten, daß in der Regel die Wiederwahl des früheren Gemeindevorstehers wegen Mangel anderer tauglicher Männer vorgenommen werden muß, was in dem noch glücklichen Falle der Annahme der Wahl seitens des Wiederergewählten zur Folge hat, daß letzterer nun die Gemeinde vernachlässigt und sich um ihr Wohl, um ihre Angelegenheiten nicht viel kümmert. Er fühlt sich durch das an den Tag gelegte Vertrauen der Wiederwahl gedeckt und läßt nun alles Krumme gerade sein, denn er hat in seiner ersten dreijährigen Amtsperiode genug Opfer an Zeit und Mühe — nach seiner Ansicht — gebracht und fühlt sich nicht bestimmt, wegen seiner öffentlichen Stellung die eigenen Angelegenheiten zurückzusetzen und zu gefährden. Nimmt er aber die Wahl nicht an, nun da kann man sicher sein, daß selbe schon eine zu dieser Würde untaugliche Persönlichkeit trifft, und die Gemeinde ist geliefert! Im einen wie im anderen Falle sehen sich die Gemeinde-Inassen ohne Hilfe und Rath, nicht selten spielen auch Privatrücksichten dabei mit, und was erübrigt so dann dem armen Bauer? Nichts anders, als zu seiner, häufig 4—6, bei uns auch zu 8 Meilen entfernten Bezirkshauptmannschaft oft wegen einer Lappalie zu laufen, Zeit und Geld zu opfern, manchmal nur darum, um sich einen Heimatschein u. dgl. von seinem ihm nicht freundlich gesinnten Gemeindevorsteher auf solchen Umwegen zu verschaffen. In Folge dessen geschieht es, daß die Bezirkshauptmannschaften überlaufen und durch die zwingende Nothwendigkeit mit Geschäften überbürdet werden, welche nicht in ihre, sondern in die Competenz der Gemeinden gehören; es sinken die politischen Behörden auf diese Art lediglich zu Hilfsorganen der rath- und thatlosen Gemeinden herab, was vorzüglich in Angelegenheiten des über-

tragenen Wirkungskreises nur zu häufig stattfindet, sie werden mit anderen Worten die Bedienten der untauglichen Gemeindevorsteher. Diese Erfahrung hat man in den Jahren 1851 bis 1854 gemacht, ungeachtet dessen übernehmen wir abermals diesen unpraktischen Organismus, und wir werden angewiesen, zum zweiten Male obige Erfahrungen zu machen. — Wir weisen jedoch entschieden den Vorwurf von uns, als ob wir nach dieser Darstellung der factischen Verhältnisse gegen die Autonomie der Gemeinden wären — nein, wir wünschen sie selbst sehnlichst, aus der vollen Ueberzeugung, daß dadurch nicht allein dem Staate Auslagen erspart werden, sondern auch deshalb, weil lebensfähige Gemeinden ihr Wohl und ihre Bedürfnisse am Besten kennen und ihre Aufgabe auf die einfachste, naturgemäße und am wenigsten kostspielige Art verwirklichen können. Man lasse daher autonome Gemeinden in Städten, Märkten und am flachen Lande, wo sich große und lebensfähige Körper bilden, ungehindert ins Leben treten, aber nach dem gegenwärtigen allgemein angenommenen Principe werden z. B. die 101 Gemeinden unserer Bezirkshauptmannschaft nicht entsprochen, und ebenso wenig die Gemeinden in den übrigen Theilen des Landes und des Reiches. Wir prophezeien als die nächste Folge, daß man sich zur Schaffung von politischen Expedituren angewiesen sehen werde, und wo man solche zu errichten Anstand nehmen wird, dorthin werden Commissionen reifen der politischen Commissäre der Hauptmannschaft so häufig im Jahre sich als nothwendig darstellen, daß die dießfälligen Kosten weit über den Behalt eines exponirten politischen Commissärs sich beziffern werden. Nach der Ansicht vieler Fachmänner ist die Schöpfung der Bezirkshauptmannschaften ein ganz unpraktischer und unnützer Apparat, der nichts als eine luxuriöse Repräsentation der politischen Behörden ohne den inneren praktischen Werth darstellt. Als man im Jahre 1850 daran ging, die politische Verwaltung im ganzen Reiche zu organisiren, da priesen Fachmänner jenes System mit einigen Aenderungen an, welches im Lande Krain seit der Reincorporirung dieser Provinz bis zum Jahre 1850 eingeführt war und sich als praktisch bewährt hatte. Damals waren nämlich in jedem Bezirke politische Commissäre, welche die Verwaltungsgegenstände besorgten und die Gemeinden in ihren Angelegenheiten unterstützten, und das Land war mit diesem Systeme sehr zufrieden. Man hätte auch heut zu Tage weit zweckmäßiger gehandelt, wenn man nur ganz einfache Bezirks-Commissariate in jedem Bezirke geschaffen haben würde; den Gemeinden des Bezirkes wäre damit weitaus mehr geholfen gewesen, als mit der jetzigen Bezirkshauptmannschaft, welche mancher, ja sehr viele Steuerzahler nur nach tagelangen Reisen erreichen kann, um sich die Ehre und das Glück zu verschaffen, seinen Herrn Bezirkshauptmann kennen zu lernen und sich von ihm den nöthigen Rath ertheilen, vielleicht auch die nöthige Hilfe verschern zu lassen. —

Dieß ist bei uns im Sanntthale das allgemeine Urtheil über die demnächst ins Leben tretende politische Organisation, und wir wünschen, daß wir rücksichtlich der hier ausgesprochenen Unzweckmäßigkeit der neuen Einrichtungen schlechte Propheten gewesen wären. Die Erfahrung weniger Jahre wird genügen, den Beweis zu liefern, ob wir richtig geurtheilt haben oder nicht.

Ein polnisches Programm.

Von den polnischen Blättern wird folgende Resolution mitgetheilt, die dem demokratischen Vereine in Lemberg von seinem Ausschusse zur Annahme empfohlen wird:
I. „Die Wiederherstellung Polens widerstreitet nicht bloß den Interessen der österreichischen Monarchie nicht, sondern ist mit Rücksicht auf die Sicherheit Europas und die Aufrechterhaltung des Friedens vielmehr eine Nothwendigkeit für Oesterreich, wie für Europa.
II. Galizien, als integrierender Bestandtheil des ehemaligen polnischen Staates hat die Pflicht:
1. Den Nationalgeist in allen Volksschichten zu pflegen, zu entwickeln und zu kräftigen;
2. Die Verbindung mit den anderen polnischen Provinzen sowohl in intellektueller, wie in materieller, d. i. in kommerzieller und industrieller Richtung aufrecht zu erhalten.
III. Das Verhältniß Galiziens zu den übrigen Provinzen der österreichischen Monarchie muß auf der Basis der Föderation mit Anerkennung der historischen Individualitäten begründet werden.
IV. Im Kampfe gegen die panslavistischen Tendenzen Rußlands werden wir die Tendenzen aller nach selbständiger Entwicklung strebenden slavischen Nationen unterstützen.
V. Mit Rücksicht auf die Gemeinsamkeit der Interessen wünschen wir die freundschaftlichen Beziehungen mit den Magyaren.
VI. In Rücksicht auf unsere nationale Selbständigkeit und unsere historische Individualität, verlangen wir auf der Basis eines vollkommenen Selbstregiments:
1. Eine dem Landtage verantwortliche Landesregierung;
2. die Ueberlassung der inneren Verwaltung, der Polizei, der heimischen Landwirtschaft und Kommunikation, der öffentlichen Erziehung, des Gerichtswesens, der Finanzen und einer auf nationaler Basis organisirten Landwehrverfassung an unsern heimischen Landtag;
3. den ausschließlichen Gebrauch der Landessprachen im Amt;
4. einen Spezialminister bei der Person des Monarchen;
5. die Bestimmung einer festen Pauschalquote zu den Ausgaben des Staates.“ —
Diese Resolution enthält wie verlautet das Programm der polnischen Demokratenpartei. Nach der Veröffentlichung der Debatten über diese Resolution werden wir Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen.

Der ungarisch-kroatische Ausgleichsvorschlag.

Das Elaborat der ungarisch-kroatischen Regierungskommission proponirt nachstehende Ausgleichsmobilitäten. „Zu den gemeinsamen Angelegenheiten gehören die nach gleichen Prinzipien zu erledigenden Angelegenheiten der ganzen Monarchie. Ferner die Civilisten, das Militärwesen, Finanzen, Münz- und Zettelwesen, Vertragschlüsse, Banken, Privilegien, Maße, Gewichte, Musterbücher, Handel, Zölle, Telegraphen, Posten, Eisenbahnen, Staatsstraßen, Flüsse, Häfen und Schifffahrt; schließlich die Handels-, Montan-, See- und Wechsel-Gesetzgebung, Fremdenpolizei und Infanterie-Gesetzgebung. Die Exekutive in letzteren Justiz-Angelegenheiten — das Seerecht ausgenommen — wird von Kroatien, Slavonien autonom ausgeübt. Zu den Kosten aller dieser gemeinsamen Angelegenheiten ist Kroatien, Slavonien und Dalmatien nach seiner Steuerkraft beizutragen verpflichtet. Diese Steuerkraft verhält sich nach den Quotenberechnungen zu der Ungarns, wie 6:44 zu 93:56. Doch wird auf die zehn Jahre, für welche die Verträge mit Oesterreich vorerst geschlossen sind, das Uebereinkommen getroffen, daß 45 Prozent der kroatischen Einnahmen zu dessen Landesbedürfnissen und 55 Prozent zu gemeinsamen Zwecken verwendet werden sollen. Die Wein- und Fleisch-Steuer wird zu Kommunalzwecken verwendet. Die Steuern werden von gemeinsamen Finanzorganen eingehoben. Sind die 45 Prozent der Steuern Kroatiens weniger als 2,200,000 fl., so ersetzt Ungarn das Fehlende; sind sie mehr, so wird der Ueberschuß insoweit in die gemeinsame Kasse fließen, als nicht die oben erwähnte Proportionszahl der Einnahmen 6:44:93:56 wirklich erreicht ist. Die Abrechnung geschieht vor dem ungarischen Reichstage und wird dem kroatischen Landtage zur Kenntnisaufnahme vorgelegt. Alle gemeinsamen Angelegenheiten gehören vor den Pester Reichstag, in welchem Kroatien und Slavonien durch 29 Deputirte aus ihrem Landtage vertreten sind; sollte die Militärgrenze oder Dalmatien reinkorporirt werden, so wird die Anzahl der Deputirten entsprechend vermehrt. Diese Deputirten werden für die Sessionsdauer des Reichstages gewählt, haben aber nur in den gemeinsamen Angelegenheiten Sitz und Stimme. Das Oberhaus des Reichstages wird vom kroatischen Landtage durch zwei Mitglieder besetzt; überdies haben dort auch die inaktivulirten Magnaten Kroatiens-Slavoniens Sitz und Stimme, selbstverständlich bloß für die gemeinsamen Angelegenheiten. Die gemeinsamen Angelegenheiten werden nach Möglichkeit auf dem Reichstag in erster Reihe erledigt werden. In die Delegation werden vom Unterhause vier, vom Oberhause ein Mitglied aus Kroatien-Slavonien gewählt. Die Exekutive in allen gemeinsamen Angelegenheiten gebührt dem ungarischen Ministerium, welches durch einen Minister ohne Portefeuille für Kroatien, Slavonien ergänzt wird. Die Beamten des Ministeriums für die kroatischen Angelegenheiten werden Kroaten sein. In allen hier nicht berührten Angelegenheiten, nämlich innere Verwaltung, Kultur, Unterricht, Justizpflege (mit Ausnahme der Seegerichtbarkeit), wird Kroatien volle Autonomie gewährleistet. An der Spitze der autonomen Regierung steht der auf Vorschlag und unter Gegenseignung des ungarischen Ministerpräsidenten von Sr. Majestät ernannte Ban. Auf die Civil-Angelegenheiten Kroatiens und Slavoniens darf hinkünftig keine Militärperson Einfluß nehmen. Die Organisation der autonomen Regierung ist Sache des kroatischen Landtages. Die kroatisch-slavonische Hofkanzlei wird aufgelöst. Im Gebiete des kroatisch-slavonischen Königreiches ist die amtliche Sprache die kroatische, das ungarische Ministerium nimmt aus jenem Königreiche kroatische Zuschriften entgegen und dessen Vertreter können sowohl im Reichstage, als in der Delegation sich der kroatischen Sprache bedienen. In kroatisch-slavonischen Angelegenheiten können die kroatischen Landesfarben und Wappen, letzteres jedoch mit der ungarischen Krone, gebraucht werden. In gemeinsamen Angelegenheiten ist das kroatische und das ungarische Landeswappen zugleich zu gebrauchen. Ungarn wird die Reintegrirung der kroatischen Militärgrenze betreiben. Zum Gebiete des kroatisch-slavonischen und dalmatinischen Königreiches gehört: 1. das Finnaner Komitat mit Ausschluß der Stadt und des Küstengebietes Fiume, hinsichtlich welcher kein Uebereinkommen erzielt wurde; 2. die kroatisch-slavonischen Komitate; 3. Militärgrenz-Bezirk; 4. Dalmatien.“

Politische Revue.

Inland.

Wien. Der „Osten“ brachte einen beachtenswerthen Artikel über „die Lage in Böhmen“, dessen Auslassungen wohl — Zeichen der Zeit sind. Der Artikel macht es sich zur Aufgabe, das Verhältnis der österreichischen Reichsregierung zum cisleithanischen Kabinete zu beleuchten und scheint auf Ereignisse vorbereiten zu wollen, deren Eintritt man bereits ins Auge zu fassen beginnt. Der Gedankengang des Artikels ist beiläufig folgender. Das cisleithanische Kabinete, wie es jetzt zusammengesetzt, ist in der Mehrheit seiner prononcierteren Mitglieder nicht frei von Antecedentien, die es binden; es hat politische Ideen mitgebracht, deren Verwirklichung es anstreben muß, um jeden Preis und gegen jeden Widerstand. Die Regierung wurde hiedurch in einen Kreis gebannt, aus dem sie, wie die Geschichte der letzten Monate neuerdings bis zur Unwiderleglichkeit dargethan hat, noch immer nicht den rechten und rechten Ausweg zu finden vermochte. Hieraus ergeben sich einige Schlussfolgerungen. Dem cisleithanischen Kabinete muß eine Frist gegönnt werden, um die letzten Versuche zu machen, die Opposition zu seinem Programme zu bekehren. Wie lange diese Frist sein soll, das hängt von der staatsklugen Einsicht des Staatsmannes ab, der an der Spitze der österreichischen Reichsregierung steht, und der hiesfür einen sehr untrüglichen und entscheidenden Maßstab in der Erwägung besitzt, ob und inwieweit jene Versuche des cisleithanischen Kabinets bis jetzt von irgend welchem Erfolge begleitet gewesen sind. Ist diese Frist abgelaufen und hat alsdann das cisleithanische Kabinete die Aufgabe nicht zu lösen vermocht, welche es auf sich genommen; so werden die dringenden Postulate des Staatswohl die Reichsregierung veranlassen müssen, die Ideen und die Männer preiszugeben, welche sich schon in einer früheren Epoche das wenig empfehlende Epitheton der „Regierungs-Unfähigkeit“ erworben haben, und man wird zur Erzielung eines Ausgleiches mit den föderalistisch gesinnten Ländern zu anderen Ideen und anderen Männern greifen müssen. Einem Programme zu Liebe kann weder Oesterreich noch auch der geringste Theil desselben hingeeopfert werden. Ein System, welches sich fortwährend in der Weise wie gegenwärtig mit immer steigender Strenge gegen eine immer erbitterter werdende Opposition wehren mußte, kann nie und nimmer Bestand haben. Es ist ein unumstößlicher Satz, daß das jetzige Ministerium und die Dezember-Gesetze jeden Boden unter den Füßen verlieren müssen an dem Tage, an welchem es definitiv klar werden sollte, daß

es nicht im Stande sind, in ein harmonisches Einvernehmen mit den föderalistisch gesinnten Völkern des Reiches zu treten.

Zum Schlusse heißt es: „Die Entscheidung kann nicht lange auf sich warten lassen. Noch eine Spanne Zeit, und wir werden sehen, ob das cisleithanische Kabinete in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung die Waffen strecken muß. Inzwischen aber wollen wir hoffen, daß die beiden Theile, die jetzt mit einander im politischen Wettkampfe begriffen sind, die höheren Rücksichten der Besonnenheit und Mäßigung nicht außer Acht lassen werden, und daß namentlich das Ministerium, auf welchem in dieser Beziehung eine ungleich schwerere Verantwortlichkeit lastet, sich wohl davor in Acht nehmen wird, den Widerstreit politischer Ideen zu einem Kampfe mit den vergifteten Waffen der Rach- und Vernichtungssucht zu gestalten. Von der Reichsregierung aber gehen wir die sichere Voraussetzung, daß sie im geeigneten Momente einzutreten und sich erforderlichenfalls für den Ausgleich mit der föderalistischen Opposition ein passenderes cisleithanisches Ministerium zusammenzusetzen wissen wird.“

Die Triester Deputation hat hier beim Minister des Innern nicht den Empfang gefunden, mit dem sie sich vermuthlich geschmeichelt hat. Der Minister willfahrte dem Verlangen nach Absendung einer Untersuchungskommission nach Triest, nicht aber dem Wunsche, in Triest eine Stadtguardia zu errichten, und machte kein Hehl, daß ihm fürs Erste die Wahrung des Friedens der Stadt und des Ansehens der Geseze am Herzen liegt. Die Triester Deputation hält sich gegenwärtig noch in Wien auf, um ihre Wünsche und Beschwerden auch dem Grafen Taaffe, der sich gegenwärtig am allerh. Hoflager in Ischl befindet und in dessen specielles Ressort die Triester Vorfälle gehören, zu unterbreiten. Der Rückkunft des Grafen Taaffe wird für morgen bestimmt entgegengefahren, und dürfte nach derselben unmittelbar die Entscheidung über die von der Deputation vorgebrachten Wünsche, speciel in Betreff der Absendung einer Kommission und der Personalfrage zu gewärtigen sein.

Die „Zuf.“ faßt am Schlusse eines Artikels, in welchem sie die bisherigen Erfolge der Repressivmaßregeln in Böhmen bespricht, die gegenwärtige Situation der Regierung ins Auge und findet, daß diese „fast auf demselben Punkte steht, auf welchem Schmerling das Ruder des Staates aus der Hand fallen lassen mußte: sie kann weder vorwärts noch rückwärts. Die Mittel der Strenge sind erschöpft, sie haben sich fruchtlos gezeigt. Das Volk durch Belehrung zu bekehren, ist ein eitles Beginnen; Niemand denkt im Ernste daran. Eine Gegenpartei zu schaffen, die Deutschen des Landes zur Thätigkeit zu wecken, Gegendemonstrationen, deutsche Volksversammlungen zu veranlassen, das wäre nicht bloß gefährlich, das könnte mit einem glänzenden Fiasko dem Faß den Boden ausschlagen. Selbst die eigenen Anhänger des Systems rathen zur Umkehr: sie fühlen instinktmäßig den Augenblick herannahen, wo an der starren, eisernen Legalität der Opposition jeder Angriff wirkungslos abprallt.“

Die allgemeine Lage wird in folgendem Bilde treffend gekennzeichnet: „Endlich ist es ja nicht die böhmische Opposition allein, welche ungebunden und unerstickt dasteht. Mähren geht Hand in Hand mit Böhmen, Galizien ist so gut wie abgefallen vom Dualismus, Tirol verlangt seine autonomen Rechte, die Slovenen warten nur den Moment ab sich zu rühren, Dalmatien ist in tiefster Aufregung. — Ungarn endlich mit seinen Nebenländern, welche ein Bild von Zwiespalt und Zerrissenheit aller Elemente! Die Slowaken und Russen knirschen mit den Zähnen in ihrem harten Joche; die Romanen und Siebenbürger Deutschen protestiren laut gegen die Vernichtung ihrer jüngst erworbenen Unabhängigkeit, die Serben sind entflammt durch die blutigen Ereignisse in dem verbrüdernten Fürstenthum, die Kroaten rüsten sich zum letzten verzweifelungsvollen Widerstand. Alle Welt sieht das Unnatürliche eines Verhältnisses, wo 5 Mill. Magyaren 11 Mill. Nichtmagyaren knechten wollen, das Unhaltbare eines Zustandes, wo gegenüber den 10 Mill. der beiden herrschenden Volksstämme eine unbefriedigte Opposition von 25 Mill. Gegnern ihre angeborenen und konstitutionellen Rechte fordert!“

Triest. Im „Primoreo“ geben 39 Gemeindevorstände und Deputirte sämtlicher Ortschaften des Triester Gebietes eine von Občina 18. Juli datirte Erklärung dahin lautend ab, daß sie sämtliche von der „N. fr. Presse“ und dem „Cittadino“ gebrachten Anschuldigungen gegen die slavischen Bewohner des Gebietes Lügen und Verleumdungen seien, für welche man Genugthuung zu fordern wissen werde. Die Gemeindevorsteher danken den Territorialisten für ihr untadelhaftes, aber jeden Vorwurf erhabenes Benehmen in der kritischen Zeit und fordern sie auf, in gleicher Besonnenheit zu verfahren und mit den italienischen Stadtbewohnern die alten Beziehungen der Freundschaft und des wechselseitigen Vertrauens wieder herzustellen. — In der von Občina abgehaltenen Versammlung der Repräsentanten der Territorialgemeinden wurde eine Denkschrift an den Gemeinderath abgefaßt, worin die Wünsche der Gemeinden ausgesprochen und die gegen sie erhobenen Beschuldigungen widerlegt werden. Es wurde bei dieser Versammlung beschlossen, daß das Nationalbataillon den Nachdienst in der Stadt nicht mehr versehen werde, da es hiezu keine Verpflichtung hat. Ferner wurde der Antrag gestellt und angenommen, daß die Lokalpolizei in den sog. Contrade sub-urbane von der k. l. Polizeidirektion auf den Magistrat übertragen, und dem Territorialbataillon gegen eine angemessene Bezahlung der Nachdienst in diesen Orten sowie die Sorge für die Erhaltung der Ordnung in den Landgemeinden überlassen werde. — Vicebürgermeister Dr. Basaggio hat sich geäußert, dieses Memorandum der Gemeindevorstände anzunehmen. — Der „Cittadino“ soll gerichtlich belangt werden, falls er seine Angriffe gegen die Slovenen nicht widerruft.

Prag. Die „Politik“ hat am 26. v. M. ihr Erscheinen selbst eingestellt, nachdem sie noch den Tag zuvor konfiszirt worden war. Sie erklärt, „mit der festen Ueberzeugung zu scheiden, daß die Zeit nicht mehr ferne ist, wo das böhmische Volk die letzte und herbste Prüfungszeit überstanden haben wird“, und nimmt mit folgenden Worten Abschied: „Bristot wiesagte den Sabotirern ihren nahen Sturz, als er die blutigen Rosen auf dem Gastmahlstische so süß vor sich duften und prangen sah. Auch wir haben Rosen vor den Augen, die uns den Sieg über unsere Gegner zu verhelfen scheinen, vor allem die herrliche eine Rose der Liebe unseres ganzen Volkes zu seinem Vaterlande. Darum sind wir heiter und sorglos und denken, daß hinter den sich drohend über uns zusammenziehenden Wolken das Auge jenes ewigen Geistes wacht, der seinen Geschöpfen Gerechtigkeit schuldig ist. In einer Seeschlacht sinkt wohl manch' ein stolzes Fahrzeug, das nach dem Siege wieder aus den Wellen glückselig emporgehoben wird. Nun, die „Politik“ war solch' ein Fahrzeug, sie sinkt, aber noch dauert die Schlacht und hinter der geborstenen ersten Linie rückt das

zweite Treffen mit schwellenden Segeln in's Gesecht. „Alle Mann an Deck!“ Die Flagge, die nie unterstunkt, weht lustig im Winde. Wir haben noch viele Schiffe, die wir nöthigen falls in die Luft sprengen oder versenken können, — ergaben wird sich keines!“

Angesichts der letzten Triester Auftritte verlangen alle böhmischen Blätter, daß die Forderung der Slovenen betreff national-slovenischer Schulen und Zusammenlegung des slovenischen Gebietes erfüllt werde, da nur auf diese Weise gegen die italienische Anreizpolitik, welche immer mehr um sich greift, ein starker Wall geschaffen wird.

Die auf Grund einiger objektiven Urtheile des Prager Landesgerichtes am 4. Juni 1867 auf drei Monate suspendirte „Correspondenz“, im Verlage des Dr. F. Krejzovsky, erscheint vom 27. Juli angefangen, täglich wieder. Egenthümer ist Herr Krbel, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Herr Kreis.

Leipzig. Der „Dziennik Lwowski“ widmet Böhmen nachstehende Worte: „Böhmen, dieses an die österreichische Krone zumeist gebundene, seit Hunderten von Jahren mit ihr vereinigte Königreich sah sich genöthigt, den Schutz eines benachbarten Staates anzunehmen. Dasselbe Böhmen hat noch im Mai 1866 auf Privatkosten eine Hilfsreserve von 30,000 Mann Freiwilligen aufstellen wollen. Seinem Beispiele wäre wahrscheinlich Ungarn, Galizien und unzweifelhaft Tirol gefolgt. Gen. Benedek hat den Böhmen geantwortet, daß Oesterreich genug mächtig ist und der Hilfe des Gefindels nicht bedarf, deshalb haben sich auch die Ungarn mit ihren Honvéds zurückgezogen, und in Galizien konnten nicht einmal zwei Schwabronen Freiwillige zusammengebracht werden. Nach einer solchen Ansprache an die Böhmen, nach der Vertagung des ungarischen Landtages, nach dem Stillstand der italienischen Invasion bei Custozza, hörte in Oesterreich eine jede Solidarität auf, und nach dem Verluste bei Königgrätz war die einzige Stimme, die an betreffenden Orte betreffs der Möglichkeit einer weiteren vortheilhaften Vertheidigung des Staates laut wurde, die Stimme eines Rufenden in der Wüste, da vom General bis zum letzten Wiener Bürger herab alles rief: Friede! um jeden Preis Friede! Es gab keinen Stützpunkt, da es keine Solidarität gab, wie es eine solche auch bis zum heutigen Tage noch nicht gibt.“

Zur Vertheidigung der Polen mit den Böhmen, schreibt die „Gaz. Nar.“: „Wiener Blätter rufen, daß die russischen Orden zwischen den Polen und Böhmen eine unausfüllbare Kluft geschaffen haben, daß eine Verständigung zwischen den Polen und Böhmen nicht erzielt werden könne. Die Herren Centralisten irren. Wenn wir die böhmische Nation nur nach russischen Orden beurtheilen würden, so müßten wir konsequenter Weise nach den centralistischen Wiener Blättern der deutschen Nation jede Ehre und Glauben absprechen. Es handelt sich bei uns nicht mehr um die Abwehr gegen die wegwerfende Behandlung von Völkern und Rechten solcher unnützer Geschöpfe wie die Böhmen, Slovenen und Polen sind, aber jene Blätter verhöhnen öffentlich die Unsterblichkeit der Seele und stellen die christliche Religion auf eine gleiche Stufe mit dem Heidenthume. Warum sollten wir also die Unsterblichkeit des gegenwärtigen Ministeriums und die Nothwendigkeit der (dualistischen) Centralisation und Germanisation behufs unseres politischen und nationalen Heiles nicht in Zweifel ziehen?“

Treffend charakterisirt der „Dziennik“ die bisherige Politik der galizischen Polen: In Pest arbeite man ernstlich auf einen Anschluß Galiziens an Ungarn hin. „Zum Unglück war das Gebahren der Polen in den letzten Jahren derart, daß ihnen Niemand mehr traut; alle Parteien beschwerten sich gleich sehr, daß auf sie kein Verlaß ist. Der absolute Mangel politischen Verständnisses in Galizien, die falsche Logik der Delegation, das fortwährende Hervordrängen einzelner Individualitäten, welche der Nationalfrage zu dienen meinen, wenn sie jedes Beginnen verdächtigen und anrathen, ruhig weiter zu schlafen und auf die Gnade der Vorsehung zu hoffen. Alles das hat das polnische Element in der Monarchie komplett diskreditirt. Niemand begreift so recht, wohin die Polen eigentlich zielen, auf welche Seite sie sich neigen, wie weit sie auf dem betretenen Wege auszuhalten im Stande sind. Darum haben alle Parteien gelernt, ohne sie auszukommen; Niemand zieht sie bei den verschiedenen Kombinationen mehr in Rechnung. In der letzten Zeit haben sie die centralistischen Tendenzen der Wiener Liberalen, gegen welche sie doch im Prinzip und mit ihren Reden ankämpften, mit ihren Thaten faktisch unterstützt. Trotzdem wußten sie diese Liberalen nicht für sich zu gewinnen. Am Verfehrtesten ist ihre Ansicht über die deutschen Sympathien. Die Deutschen dulden sie zur Zeit und aus Nothwendigkeit wie ein unentbehrliches Werkzeug; aber von der Nothwendigkeit das polnische Element zu kräftigen, haben sie nicht die entfernteste Ueberzeugung; ja die im Momente der Begeisterung ihnen nicht felten entchlüpfenden Ausdrücke, sowie die Artikel ihrer Journale zeigen von dem gewaltigen Haß gegen Alles, was polnisch ist. Die anderen Nationalitäten des Reiches blicken mit Verwunderung auf die Polen und können sie in keiner Weise verstehen. Viel trägt dazu die in ihrer Art einzige Erscheinung bei, daß wenn irgend eine Individualität mit einer Initiative auftritt, sogleich von allen Seiten der kleinliche Neid und das persönliche Interesse über dieselbe herfällt, um ihr jede Bedeutung abzuspüren. Dazu kommt ein Provinzialegoismus, der die anderen Polen verletzt, für gut nur anerkannt, was den galizischen Stempel trägt, und dadurch Galizien kolossal lächerlich macht. Nur durch Entwicklung einer festen Politik, ohne kleinliche Rücksichten kann Galizien bei günstiger Gelegenheit ein dauerndes Bündniß mit Ungarn schließen und zwischen diesen und den Böhmen ein Einverständnis vermitteln, damit endlich die Monarchie zu einem inneren Frieden gelange, und sich nach den nationalen Bedürfnissen und den gegenseitigen Verhältnissen der Völker organistire.“

Pest. Kossuth lehnt in einem Schreiben an den Vice-Präsidenten des Waizner Honvéds-Bereines für sich und seine Söhne die Einladung zur Theilnahme an der Enthüllungsfest des Waizner Honvéds-Denkmal ab, und sagt u. A.: „Ich bin ein Mann des Prinzips. Vieles — um nicht zu sagen Alles — müßte im Vaterlande anders sein, als es ist, damit ich Ihrer geschätzten Einladung folgen könne. Und was ich nicht thun darf, das zu thun, halten auch meine Söhne nicht für erlaubt, nicht weil sie meine Söhne, sondern weil auch sie Männer des Prinzips sind. Aber wir werden zu Gott beten, daß er von unserm Vaterlande den Fluch nehme. Ich schreibe nicht mehr, damit nicht die Vergleichung der großen Vergangenheit mit der zwerghaften Gegenwart mich bitter stimme, denn zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart hat — nicht die verhängnisvolle Nothwendigkeit, sondern die des Selbstvertrauens verlustig gegangene Ueberzeugung eine so entsetzliche Kluft gegraben, daß mir der Kopf schwindelt, wenn ich daran denke.“

Ein Triester Correspondent des „Lloyd“ ist so un

verschämt, die bekannten Triester Erzeffe den Territorialisten in die Schuhe zu schieben und die „liebenswürdigen“ Italanissimi zu armen gemäßigten Engeln zu machen. Der Bericht, der uns lebhaft an die Correspondenzen erinnert, die f. Z. über die Erzeffe der Fiumaner Facini in hiesigen Blättern zu lesen waren, beginnt mit folgenden Sätzen. „Unsere guten Landleute“ suchen uns das Leben so angenehm als möglich zu machen. Sie versichern laut, daß ein jeder Triestiner, der sich in der Campagna blicken lasse, sich auf einen Empfang gefaßt machen könne, wie ihn eben nur unsere „guten Landleute“ nach Laibacher Muster zu bereiten verstehen. Recht gemüthliche Zustände das! Mitten im Frieden erklärt ein Haufe slavischer Bauern eine reiche große Hafenstadt, die zufälliger Weise das Verbrennen begehrt, statt von Slaven, von Italienern und Deutschen *) bewohnt zu sein, in Belagerungszustand, blockirt selbe förmlich und zwingt die armen reichen Triestiner in der Stadt eines langsamen aber sicheren Erstickungstodes zu sterben! Es ist dieß bis auf den „sichereren“ Erstickungstod durchaus keine Uebertreibung. In der That darf man nicht wagen, sich in die Campagna zu begeben, ausgenommen, das Militärcommando würde so liebenswürdig sein, nach dem von verschiedenen Seiten schon gegebenen Muster, Vergnügungszüge unter auszeichnender Bedeckung nach St. Bartolo, St. Andrés und wie sonst alle die Erholungsorte der Triestiner heißen, zu arrangiren. Bei der fast unerträglich Hitze, die jetzt gerade bei uns herrscht, ist die Erbitterung über diese Haltung der Territorialisten eine außerordentliche und bei dem allen gibt es noch offizielle Berichte, nach welchen die Erbitterung bei „unseren guten Landleuten“ im Steigen ist! Was diesem Sachverhalte gegenüber unsere Civil-Administration betrifft, so gilt in vollem Maße das Horazische: „Difficile est satyram non scribere“. — So etwas druckt ein ungarisch-offizielles Blatt ganz im Widerspruche mit den offiziellen Meldungen der „Wiener Abendpost“ ab.

Ugram. Das k. k. Landes-Generalcommando hat im Einklange mit den neuesten Reformen für die Militärgrenze die Verordnung erlassen, daß von nun an die verschiedenen Amtspraktiken, Kontrakte, Vorladungen u. dgl. in der kroatischen Sprache zu führen, beziehungsweise zu schließen und zu verabsolgen sind. Zu diesem Behufe wurde bereits das Erforderliche veranlaßt, damit die bisherigen deutschen Druckformen durch serbisch-kroatische möglichst bald ersetzt werden können.

Ausland.

Florenz. Die merkwürdige preussische Note, welche General Lamarmora in der Deputirtenkammer vorgelesen hat und die einen detaillirten Feldzugsplan für die im Sommer 1866 unter seinem Oberbefehl stehende Armee enthielt, wird von den Regierungsorganen ihrem vollen Texte nach mitgetheilt. Die Hauptstelle lautet: „Die preussische Regierung hat in letzter Zeit die ungarische Frage sorgfältig studiren lassen; sie hat die Ueberzeugung erlangt, daß dieses Land, gleichmäßig von Italien und Preußen unterstützt, ihnen seinerseits als Sammel- und strategischer Stützpunkt dienen wird. Man entsendet zum Beispiel an die Ostküste des adriatischen Meeres eine starke Expedition, welche die Hauptarmee in nichts schwächen würde, weil man sie zum größeren Theile aus den Reihen der Freiwilligen entnehmen und unter die Befehle des Generals Garibaldi stellen würde. Nach allen der preussischen Regierung zugekommenen Mittheilungen fände sie bei den Slaven und den Ungarn den herzlichsten Empfang; sie würde die Flanke der auf Wien vordringenden Armee decken und ihr die Mitwirkung und alle Hilfsquellen dieser ausgedehnten Landstriche erschließen. Die kroatischen und ungarischen Regimenter hintereinander werden es bald verweigern, sich gegen Armeen zu schlagen, die als Freunde in ihren eigenen Ländern aufgenommen worden sind. Vom Norden und den Grenzen Preussisch-Schlesiens her könnte ein so viel als möglich aus nationalen Elementen zusammengesetztes fliegendes Corps in Ungarn einbrechen und könnte dort den italienischen Truppen und den nationalen Streitkräften, welche sich rasch gebildet haben würden, die Hand bieten. Oesterreich verlore in dem Maße, als wir gewinnen, und die Streiche, welche man ihm dann beibrächte, träfen nicht mehr seine Außenseiten, sondern sein Herz.“

Athen. Es wird berichtet, daß auf Kreta die Insurrection fortbauert, und sowohl die Insurgenten als die türkischen Truppen ihre Stellungen behaupten. Erstere occupiren den Südoften, letztere den Nordwesten der Insel. Ein auf Kreta kämpfendes türkisches Freiwilligen-corps hat in Pehiada an wehrlosen Personen barbarische Erzeffe begangen, worüber ein mit Beweisen belegtes Memoire den in Heraklion residirenden Consuln der europäischen Mächte überreicht worden ist.

Belgrad. Bevor die Mitglieder der Skupstina die Reise in ihre Heimat antraten, wählten sie eine Deputation, um sich vermittelst derselben bei der provisorischen Regierung zu verabschieden, und im Namen der Skupstina eine Reihe von Wünschen und Rathschlägen den Männern der Regierung ans Herz zu legen. Diese Deputation sprach nun vor Allem im Namen der Skupstina den Wunsch aus, daß die provisorische Regierung Alles daran setzen soll, um dem Fürstenthume Serbien den Frieden zu erhalten. Ferner sollen die Minister verantwortlich gemacht, ein Preßgesetz erlassen, die Rechte der Skupstina erweitert, die Jury eingeführt, und die Skupstina alljährlich zusammenberufen werden. Zum Schlusse äußerten sie noch den Wunsch, daß die ordentliche Skupstina schon im Herbst einberufen werde, damit dieselbe die Gesetze berathe und votire, welche bis dorthin von der Regierung ausgearbeitet werden sollen.

Correspondenzen.

Cilli, 27. Juli. R. Die Besprechungen für den im Entstehen begriffenen politischen „Verfassungsverein“ haben gestern im Hotel „zum weißen Ochsen“ Statt gefunden. Es wurden natürlich auch Reden gehalten; von denselben möge hier nur jene eines von der Universität in Graz heimgekehrten Studierenden erwähnt werden, die dahin zielte, den Verein einen „deutschen Verfassungsverein“ zu taufen. Dadurch wäre das Signal gegeben gewesen, die Discussion auf das Feld der Nationalitäten-Frage zu werfen: allein Professor Fichna, ein entschiedener Deutscher, obwohl Slave von Geburt, trat mit ausgiebigen Argumenten diesem Antrage entgegen und erklärte, daß der Verein den Ausbau der Verfassung und die Erweiterung der politischen Freiheit bezwecke, und keine Sonderprivilegien im Auge habe; die Verfassung und somit die politische Freiheit wurde allen Nationalitäten unseres Reiches gegeben, man könne daher dort, wo gemischte Bevölkerungen vorhanden sind, keine Nationalität von der Theilnahme an dem Vereine schon im Voraus ausschließen

und dadurch Anlaß zur Erneuerung der so sehr bedauerlichen Reibungen geben. Diese Entgegnung fand bei der Versammlung einstimmigen Beifall und der Herr Studiosus sah sich ungeachtet seiner vorgebrachten ugermanischen Ansichten bei dem noch immer gefundenen Sinne unserer Bewohner plötzlich total geschlagen. Es hatte auch die Einklusnahme seines Herrn Papa und seines Anhangs nichts genügt. Um dem Unmüthe über diese entschiedene Schlappe Luft zu machen, wurde die Debatte von den Getreuen des jugendlichen Teutonius Heißsporn im bekannten Bierhause des Herrn Mathes mit aller Hitze fortgesetzt. — Die Besprechungen im Salon „zum weißen Ochsen“ endeten mit der Wahl eines Comité zur Verfassung der Statuten. In das Comité wurden gewählt: die Herren Otto Wagner, Ingenieur aus Sachsen, Dr. Niedermann, Professor Fichna, Buchhändler Barneke und Anton Lasnik, Vltzger von Cilli. Ersterer wurde zum Obmann ernannt. — Der am hiesigen Gymnasium befindliche Professor Herr Josef Sinner wurde auf sein Ansuchen nach Marburg übersetzt. Mögen sich dort alle seine Wünsche erfüllen; wir erlauben uns jedoch dieß zu bezweifeln. Bei Besetzung der nun vacanten Stelle aber möge mit strenger Gewissenhaftigkeit darauf gesehen werden, daß der Neuerannte die Kenntniß der slovenischen Sprache nicht nur nachweise, sondern auch wirklich besitze. —

Marburg, 25. Juli. Die Vorbeeren, welche sich verschiedene Vereine und Corporationen durch ihre Proteste gegen die päpstliche Allocation gesammelt hatten, ließen auch unsere Stadtväter nicht ruhen und so haben sie denn in außerordentlicher Sitzung auch ihr Schärlein zum Protestiren beigetragen. Wahrscheinlich fürchteten sie zu spät zu kommen, denn der betreffende Antrag wurde als Dringlichkeitsantrag gestellt und angenommen. Unsere Citalnica übersteht demnach in neue Localitäten und wurde der Ausschuss mit der Erledigung dieser Angelegenheit betraut. — Es wurde ferner beschlossen, vom 18. d. M. weiter das Öbzzer Blatt „Domovina“ wegen seiner jüngsten takt- und maßlosen, ja schon geradezu gemeinen Ausfälle gegen eine Partei des nationalen Lagers nicht mehr im Vereinslokale auflegen zu lassen. — Die Weinbau-Section der steirischen Landwirtschaftsgesellschaft hielt hier eine Sitzung, in welcher vorzüglich die Frage der Beseitigung der steirischen Weinbauer und Obstzüchter aus dem für heuer zu diesem Zwecke ausgelegten 14.000 fl. besprochen wurde. Von diesem Betrage sollen auf Steiermark entfallen 2200 fl. und zwar 1800 fl. für die Wein- und 400 fl. für die Obst- und Gartencultur. Jeder der Bezirke Radkersburg, Luttenberg mit Friezbau, Pettau, Marburg, Gonobitz mit W. Feistritz, Rann, Leibnitz, Voitsberg mit Feldbach sollen zu 200 fl. bekommen. Mit diesem Gelde sollen edle entsprechende Reben angekauft und gratis vertheilt werden. Von den weiteren 400 fl. sollen 300 in Prämien zu 50 fl. für Obstzüchter bestimmt werden, vorzüglich für solche, die in der Obstzucht Unterricht ertheilen und die schönsten Baumschulen haben, die erübrigen 100 fl. aber verbleiben für die Gartencultur. Allen diesen Beschlüssen muß aber erst der Centralausschuss der Landwirtschaftsgesellschaft in Graz beistimmen, da nur ihm das endgiltige Bestimmungsrecht zusteht.

Lichtenwald, 27. Juli. In der „Neuen freien Presse“ vom 26. Juli, Nr. 1402, kommt als Correspondenz aus Lichtenwald ein Schmäh-Artikel vor, der auf Entstellung von Thatfachen beruht und einem Theile des slovenischen Beamtenthums die unwürdigste Verächtung in's Gesicht schleudert. Wir erlauben uns zur Beleuchtung der Tendenz jenes Correspondenten und seines Anhangs, nachstehende Darstellung des wirklichen Sachverhaltes mitzutheilen. — Vor allem müssen wir konstatiren, es sei nicht wahr, daß eine Vertrauensadresse an das Ministerium aus Anlaß der in der päpstlichen Allocation auf unsere neue Staatsgrundgesetze geschleuderten Verdammniß beantragt wurde. Der Antrag lautete wörtlich: „Es sei eine Adresse an das Ministerium über die Mißbilligung der päpstlichen Allocation zu verfassen.“ Es ist ferner nicht wahr, daß der in der Correspondenz genannte k. k. Beamte „mit jesuitischen Scheingründen“ die bürgerlichen Bezirksvertreter von der Zustimmung zu dieser Adresse abwendig machte. Derselbe hat in seiner Rede ausdrücklich erklärt, daß man die von Sr. Majestät dem Kaiser sanctionirten Gesetze stets treu und pünktlich befolgen müsse, daß er aber die Adresse nicht für notwendig und zweckmäßig erachte, und nach seiner Meinung die Beantwortung der päpstlichen Allocation getrost der Regierung zu überlassen sei. Der Redner sagte: „Wer Oesterreich liebt, muß einen friedlichen Ausgleich der Regierung mit der Kirche und dem Papste wünschen. Die Regierung bedürfe auch nicht solcher Adressen, indem die „Wiener Ztg.“ selbst die diesfalls ausgestreuten Nachrichten dementirte. Die schlichten Landleute verstehen von der hohen Politik zu wenig, um in derlei Fragen urtheilen zu können.“ Dies war der Hauptinhalt der Rede, die den Correspondenten der „N. fr. Pr.“ so sehr in Harnisch brachte. Wegen des bei der Abstimmung hierüber erfolgten Resultates schreit er nun laut nach Polizei und Staatsanwalt, und vindicirt die Intelligenz und Unabhängigkeit nur seiner Partei. Diese Unabhängigkeit wird dadurch illustriert, daß der Antragsteller vor der Sitzung haustren ging, um Stimmen für die Adresse zu werben, und ein Mitglied der Bezirksvertretung doch bei der namentlichen Abstimmung weder „ja“ noch „nein“ zu sagen mußte, sondern mit dem Zeigefinger auf den Gemeindevorsteher von Lichtenwald, bevor noch dieser das Votum abgab, mit den Worten wies: „Wie dieser Herr da will!“ Wo befindet sich daher der Leithammel? — Bezüglich des arrogirten Intelligenz-Monopols sei bemerkt, daß für die Adresse außer dem Antragsteller und den im erwähnten Schmähartikel der „N. fr. Pr.“ benannten drei Herren noch drei häuerliche Bezirksvertreter, — gegen die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit derselben aber außer jenem Eingangs erwähnten k. k. Beamten, dem der Correspondent die Hauptrolle an dem Mißlingen seines hochliberalen Planes auf den Hals laden mußte, noch ein k. k. pens. Finanzrath, der Gemeindevorsteher des Marktes Reichenburg, ein Handelsmann, dann ein Bürger von Reichenburg und vier häuerliche Bezirksvertreter gestimmt haben. — Wie grenzenlos liberal, tolerant und edel die Gesinnung des betreffenden Correspondenten der „N. fr. Pr.“ ist, der seine Absicht, dem slovenischen Beamtenthum zu schaden, offen zur Schau trägt, wird der Beurtheilung jedes Rechtschaffenen überlassen. Ein großes Armutzeugniß geben sich aber die Gegner der nationalen Gleichberechtigung selbst dadurch, daß sie die häuerlichen Bezirksvertreter für ungebildet und gänzlich unselbständige Leute erklären, dabei aber an eben diesen Leuten einen wohlfeilen Liberalismus praktiziren und mit ihrer Hilfe über Fragen der Politik Adressen nach Bedarf fabriziren wollen!

Kunst und Literatur.

— Verflorenen Sonntag hatten wir in der St. Jakobskirche Gelegenheit, eine neue Composition des Herrn A. Förster, Chorleiters der Citalnica, zu hören. Das Opus, lateinische Messe in C dur mit Instrumentalbegleitung, zeichnet sich eben so durch eine originelle Anlage und Durchführung, wie auch durch eine gewandte und selbständige Stimmführung und die Kraft in der Beherrschung der gewählten Mittel aus, und liefert einen neuen Beweis von dem schönen Talente des Componisten. Wenngleich es nach einmaligem Anhören schwer zu bestimmen erscheint, welchem Theile des Werkes der Vorzug gebührt, — denn jeder in seiner Richtung zeigt, daß der Componist, sich seiner Aufgabe bewußt, es wohl verstand, den Sinn des Textes den musikalischen Formen gut anzubequemen und durch ein reich illustrirtes Bild von Tönen auf die Gefühle unseres Herzens mächtig zu wirken und zur Andacht zu stimmen — dürften wir doch nicht irren, wenn wir dem Erbeo den ersten Platz einräumen und es sowohl hinsichtlich der Auffassung wie auch der Durchführung als den gelungensten Theil des Werkes bezeichnen.

Was die Aufführung der Messe betrifft, können wir unsere vollste Anerkennung den Damen und den Herren vom Sängerkorps der Citalnica, welche sich am sanglichen Theile unter der Leitung des Componisten betheiligten, nicht versagen; sie würden das Werk gewiß zur vollsten Geltung gebracht haben, wenn sie von der Instrumentalbegleitung gleich gut unterstützt gewesen wären. Wir wollen hoffen, daß in Zukunft bei einer neuen Aufführung diesem Theile der Composition von Seite der Ausübenden besser wird Rechnung getragen werden; nur dann wird es möglich sein, daselbe vollkommen zu würdigen. Bei dieser Gelegenheit können wir es nicht unterlassen aufmerksam zu machen, wie notwendig die Errichtung einer städtischen Musikkapelle wäre. Will man jetzt etwas zur Aufführung bringen, so muß der Betreffende von Pontius zur Pilatus laufen und gar häufig gibt es bei diesen so viele „wenn und wieder wenn“, daß ob dieser „wenn“ nicht selten die Hauptsache unterbleibt. Das kunstliebende Publikum Laibachs wird daher jetzt, wo man ernstlich an die Errichtung einer städtischen Musikkapelle Hand anzulegen gedenkt, hoffentlich recht lebhaft sich daran betheiligen, will es, daß dieser oft geäußerte Wunsch zu Blut und Fleisch werde. — Von den Einlagen gelangte das Offertorium, ein Sopran-Opus von Gellert, mit Instrumentalbegleitung, durch den gebiegenen und seelenvollen Vortrag der Frau Gregorich recht schön zum Ausdruck. Schließlich dürfen wir den Männerchor „Molitor“ von Jenko nicht still schweigend übergehen, welcher recht kräftig und sicher zum Graduale vorgetragen wurde. —

— (Neues juridisches Fachblatt.) Seit einiger Zeit erscheint in Wien eine juridische Zeitschrift „Gerichtsbote“ unter Redaktion des Herrn Rudolf Pub. Das Blatt ist ein unabhängiges Organ und hat sich zur Aufgabe gestellt, die Verhältnisse unserer Rechtszustände rücksichtslos zu geisteln und durch eine Reihe obergerichtlicher Entscheidungen aus der Praxis ein Rathgeber in gerichtlichen Angelegenheiten zu sein.

Tagesneuigkeiten.

Laibach, 1. August.

— (Sokol.) Heute Abends findet eine gesellige Zusammenkunft der Mitglieder des Sokol in der Restauration der Citalnica statt. Zweck derselben ist eine Besprechung wegen des nächsten Ausfluges.

— (Zum Landeshauptmann-Stellvertreter) im Herzogthume Krain ist mit a. h. Entschliesung vom 28. v. M. Herr Peter Kosler ernannt worden.

— (Zur Generalversammlung der Matica am 5. d. M.) Bei dem, wie schon mitgetheilt, der Generalversammlung vorausgehenden Gottesdienste in der Domkirche wirkten die Sänger der Citalnica auf dem Chöre mit. — Abends gibt die Citalnica den fremden Gästen zu Ehren im Garten, bei ungünstiger Witterung in den obern Localitäten der Citalnica unter Mitwirkung ihres Männerchors und der Militär-Musikkapelle eine Beseda.

— (Der sogenannte Sokolprozeß) ist in eine neue Phase getreten. Der oberste Gerichtshof hat dem Ansuchen um außerordentliche Altkonvention Folge gegeben und sind am Dienstag auf dessen Anordnung zwei der Betheiligten, die bereits ihre Strafe angetreten und fast ein Drittel derselben schon abgehülft hatten, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — Wie wir vernehmen sind gegen den in Rudolfswertl seit 9. d. M. wegen Betrug und gefährlicher Drohung in Unterjuchenschaft befindlichen Hauptzeugen in diesem Prozesse, den bekannten V. Tambornino, auf Grund neuer Erhebungen wieder Anzeigen wegen Meineid bei der hiesigen Staatsanwaltschaft eingebracht worden.

— (Die Schlussverhandlung) im Prozesse des hiesigen Turnvereines „Sokol“ gegen die Wiener Zeitschrift „Presse“ ist auf den 14. August d. J. beim k. k. Landesgerichte in Wien anberaumt.

— (Studentenmeeting.) Im Laufe des Monats August — wie wir vernehmen am 12. — soll in Laibach ein Meeting aller slovenischen Universitätslehrer und Abiturienten stattfinden. Das Programm der Verhandlungen besteht aus mehreren Punkten, die alle das Schulwesen betreffen, so die Einrichtung der Volks- und Mittelschulen, die Errichtung einer Rechtsakademie in Laibach mit slovenischer Unterrichtssprache und die Ergänzung der zu errichtenden südslavischen Universität in Ugram. Bei der Wichtigkeit der Sache ist eine rege Betheiligung sehr wünschenswerth und bei dem Geiste unserer wackeren studirenden Jugend auch ganz unzweifelhaft.

— (Civilmusikkapelle.) Donnerstag versammelten sich die Theilnehmer der Subscription zur Errichtung einer Stadtmusikkapelle im „Hotel Elefant“ und wählten aus ihrer Mitte ein Comité von 5 Mitgliedern, das mit den weitern Schritten zur Realisirung des Unternehmens betraut wurde.

— (Seidenzucht.) Es ist erfreulich für unsere Seidenzüchter, zu erfahren, daß das verehrte Mitglied unserer Landwirtschaftsgesellschaft Herr Baumeister Treo, der als rationaler Seidenzüchter bei uns wohl bekannt ist, sich soeben eine Seiden Spinnerie, die nicht nur sehr nett und praktisch, sondern auch sehr billig ist, hergestellt. Seine diesjährige Seiden-ernte haspelt er sich selbst ab und kauft auch gute Cocons (Nr. 82, Klagenfurterstraße). — Nur auf diese Art — durch eigene Seidenhaspelerien und größere Concurrenz an Käufern — kann unsere Seidenzucht zum vollen Aufschwung gebracht werden.

— (Die Citalnica in Pettau) hat am 6. August eine Generalversammlung, in welcher die Vereinsstatuten abgeändert werden Abends ist Beseda, zu der Studirende und Theologen freien Zutritt haben

*) Man sieht, der Herr Correspondent hat in seiner grenzenlosen Bescheidenheit auf sich selbst nicht vergessen!

(Strafantritt.) Hr. Fr. Ptachovsky, verantwortlicher Redakteur des in Wien erscheinenden kroatischen „Novi Pozor“, zeigt seinen am 20. d. M. erfolgten Strafantritt mit folgendem an seine Freunde gerichteten Abschiedsbriefe an: „Indem ich mich auf zwei Drittel Jahre in das „cisleitbanische Paradies“ der slavischen oppositionellen Journalisten begeben, nehme ich hiermit für diese Zeit von meinen Freunden Abschied.“

(Vom deutschen Schützenfeste.) Die Versammlung der „deutschen Schützen“, wie „Nar. Nov.“ die Herrn deutschen Schützen benamten, nimmt ihren natürlichen Verlauf. Es wird tüchtig geknallt, viel geschossen, auch gut, sehr gut geschossen, von denjenigen natürlich, die zum Schützenfeste des Schießens wegen gekommen sind. Es gibt aber viele, die sich die Zeit mit andern Dingen lieber vertreiben. Für einige ist die Hauptsache das Neden. Natürlich wird meist vom „großen, einigen deutschen Vaterlande“, von gewalttätiger Trennung, Wiedervereinigung und derlei schönen Sachen gesprochen, nebenbei auch mit einem grimmigen Blicke gegen Norden der Blut- und Eisenpolitik, der unglückseligen Verträge u. s. w. Erwähnung gethan. Bei aller Begeisterung gibt's auch viel Unzufriedenheit, zu der hauptsächlich — schlechte Kost und theuere Preise Anlaß geben.

(Saubere Passagiere.) Am 22. v. M. passirten 125 Kellner, welche in Dresden angeworben wurden zur Bedienung beim Wiener Schützenfeste, Prag. Sie benutzten den Aufenthalt des Zuges und erfrischten sich im dortigen Bahnhofs mit Speise und Trank, worauf die Weiterreise angetreten wurde. Bei der hierauf in der Bahnhofrestauration vorgenommenen Revision des Service zeigte es sich, daß nicht weniger als 50 diverse Gläser und ein silberner Köffel fehlte. — Späteren Nachrichten aus Krakau, Bodenbach, Böhmisches Trüben, Pardubitz u. s. w. zufolge haben auch von diesen Orten recht viele Gläser und andere Kleinigkeiten „unbefugt“ die Reise nach Wien mit angetreten.

(Großer Straßen-Ergeß mit — Säbelhieben in Wien.) Die innere Stadt Wien war vorige Woche auf einem ihrer frequentesten Plätze und bei helllichem Tage der Schauplatz eines argen und empfindlichen Ergeßes. Der Wagen eines Sodawasser-Fabrikanten kam von der Rothenthurmstraße herauf und bog auf den alten Fleischmarkt ein, um in die Köllnerhofgasse zu fahren, wo die Waare abzuladen war. Der vor dem Hotel „zum Österreichischen Hof“ aufgestellte Polizeimann verwehrte jedoch dem Kutscher weiter zu fahren, da dort eben gepflastert wird. Der Kutscher entgegnete, daß er eben hier fahren müsse, weil er ganz in der Nähe seine gefüllten Flaschen abzugeben habe und machte Miene, weiter zu fahren. Da fiel der Polizeimann dem Pferde in die Zügel, erklärte den Kutscher für arretirt und hieß ihn vom Boche steigen, um ihm zu folgen. Der Kutscher war jedoch nicht dieser Ansicht und meinte vielmehr, daß, da der Name seines Herrn auf dem Wagen stehe, er wohl auch zu finden sei, gab hiebei seinen Namen bekannt, hieß, von den Umstehenden mit den Worten: „Fahr fort!“ noch aufmuntert, in das Pferd und wollte fortfahren. Der Polizeimann zog aber den Säbel und versetzte dem Kutscher drei Hiebe in den rechten Arm und einen Hieb über die linke Wange, so daß der schwer Verletzte in bewußtlosem Zustande vom Wagen sank. Eine ungeheure Menschenmenge lief zusammen und wollte an dem Polizeimann Vergeltung üben. Dieser flüchtete sich in ein Haus, das nun die Menge stürmen wollte. Es mußte Militär requirirt werden um den Polizeimann bei dessen Arretirung vor der Wuth des tobenden Volkes zu sichern; in einem rings von militärischer Eskorte umgebenen Comfortable wurde derselbe auf die nächste Polizeiwachstube überführt.

(Die Kache der Statistinen.) Am 16. v. M. nach der Mittagstunde, als eben die Gagenauszahlung im Theater in der Josefstadt in Wien vorüber war, sammelten sich die Statistinen dieser Bühne in der Piaristengasse und begegneten daselbst dem Referenten eines seit Kurzem dort erscheinenden Theaterblattes, welcher sich in einem Referate über das in Sallmayer's Sommertheater aufgeführte Stück „Das Königreich der Weiber“ in einer Weise über die in demselben beschäftigten Statistinen äußerte, daß dieselbe allgemeine Enttäuschung erregen mußte. Kaum waren die Statistinen ihres Beleidigers ansichtig geworden, als eine förmliche Katzenmusik in Szene gesetzt und derselbe aufgefordert wurde, Abbitte zu leisten. Der Standal wurde immer größer, so daß Sicherheitsorgane gezwungen waren, einzuschreiten, um die Ruhe herzustellen. Für den Abend jedoch war dem Betreffenden wieder eine solenne Katzenmusik vor seiner Wohnung zugebracht, welche aber aus verschiedenen Gründen unterblieb.

(Eine gelungene Diagnose.) Zu einem Wiener Arzt kam neulich ein sehr kränklich aussehender Mann. Der Arzt befragte ihn sehr genau und dann sagte er zu ihm: „Mein lieber Freund, Sie leiden an Hypochondrie und das beste Universalmittel dagegen ist reichliche Bewegung, die Ihnen sicher gänzlich fehlt. Was ist eigentlich Ihre Beschäftigung?“ — „Ich bin seit zwanzig Jahren — Zeitungsträger.“

(Eine Szene am Traualtar.) Die Tochter eines Bahnwärters zu Fiehe (Regierungsbezirk Bromberg) befand sich eine Zeitlang in einem dienenden Verhältnisse in Frankfurt a. d. O. Dort machte sie die Bekanntschaft eines Offiziers und das Verhältniß blieb für sie nicht ohne Folgen. So weit ist an der Sache nichts Besonderes. Nun setzte aber der Offizier das Verhältniß fort und verlangte von seiner Mutter die Einwilligung zu einer Heirat mit der „Schönen“. Dieselbe wurde natürlich verweigert und endlich gab der Herr den Vorstellungen seiner Familie nach: das Mädchen sollte mit einer ziemlich bedeutenden Summe Geldes abgefunden werden und an die Stelle des in Aussicht stehenden Gemahls sollte nun ein Diener desselben treten. Auch damit war sie zufrieden. In der vorigen Woche sollte nun die Hochzeit stattfinden. Ihre Eltern begaben sich in Folge dessen mit mehreren Verwandten nach Frankfurt, wo sie Alles in bester Ordnung voranden. Der Zug bewegte sich zur Kirche, wo einer stattfindenden Taufe wegen eine Verzögerung eintritt. Endlich tritt das Brautpaar vor den Altar, der Prediger richtet an dasselbe einige Worte und ist eben im Begriffe, die heilige Handlung zu vollziehen, da stürzt der Offizier in die Kirche, faßt die Braut an der Hand und mit den Worten: „Du brauchst den Menschen nicht zu heiraten, ich nehme Dich“, zieht er sie vom Altar weg. Die lebenswürdige Braut findet sich auch in diese Lage und folgt ruhig dem Offizier aus der Kirche, während der Diener verdußt vor dem Altar stehen bleibt. Es mußte interessant sein, das Drama weiter zu verfolgen. Vorläufig befindet sich das Paar auf einer Reise an den Rhein.

(Der photographische Apparat in neuer Anwendung.) In Odessa wurden vor Kurzem mehrere der Brandstiftung verdächtige Leute und darunter eine Frau ver-

haftet, die behufs polizeilicher Vergleichung photographirt werden sollte, wie das heutzutage mit Verbrechern und Verdächtigen oft geschieht. Die Frau, welche nie ein photographisches Stativ gesehen und nicht die schlichteste Idee von der Kunst der Lichtmalerei hatte, beobachtete mit Entsetzen die Aufstellung des Apparats. Das darüber gehängte schwarze Tuch verstärkte die schauerliche Wirkung. Sie hielt das Ganze für eine Mordmaschine und als nun der Photograph ihr gebot, still zu stehen und sich nicht zu rühren, dann das Messingrohr des Focus entblößt ward und die Hand des Photographen „zielend“ nach der Kapsel griff, da war es der Frau gewiß, daß sie jetzt „erschossen“ werden sollte. Sie schrie um Gnade und — versprach, Alles zu bekennen. Auf diese Weise verbannt man dem photographischen Apparate die Enthüllung eines schweren Verbrechens.

(Die Friedensgerichte in Rußland) haben in den wenigen Jahren ihres Bestandes die außerordentlichsten Wirkungen geübt. In den Gouvernements, wo sie bisher probeweise eingeführt wurden, haben dieselben binnen wenigen Monaten unter den bevorzugten, bei dem bisherigen Verfahren nahezu unantastbaren Ständen einen solchen heilsamen Schrecken, bei dem von schlechten Beamten so hart bebrängten Volke dagegen eine so allgemeine Anerkennung und Bewunderung gefunden, daß jeder Verständige einsehen muß, wie in dieser Institution das Element zur vollständigen Regeneration Rußlands in seinem Innern gefunden ist. Vor dem „Mirovoj“ (Friedensrichter) gilt weder Stand, noch Reichthum, noch Ehrenstelle; seiner Vorladung muß Jedermann unbedingt Folge leisten, sonst holt ihn der Polizeimann, über welchen der „Mirovoj“ unbedingt verfügt. Der besonders glückliche Umstand, daß die ersten Wahlen der Regierung auf ebenso tüchtige, als reichthaffene Männer fielen, hat wesentlich zu der hohen Achtung beigetragen, in welcher diese auch in pekuniärer Beziehung günstig gestellten Beamten stehen. Bisher bestanden die Friedensgerichte seit 20. November 1864 in den Sprengeln der Gerichtshöfe von Petersburg, Moskau und Charkov. Durch Ukas vom 30. Juni 1868 sind sie nun auch auf die Sprengel der Gerichtshöfe von Odessa, einschließlich der Gouvernements Cherson, Jekaterinoslaw, in Taurien, Poltawa und Nizgorod, (somit in dem ganzen Kerne der großrussischen Bevölkerung) ausgebreitet worden.

Öffentlicher Dank!

Die Kirchenvorlesung der Stadtpfarre St. Jakob hier spricht allen P. T. Herren und Damen, die bei der Jakobifeyer am letzten Sonntage zur Hebung derselben am Chore mitzuwirken so freundlich und gütig waren, den verbindlichsten und herzlichsten Dank aus.

Öffene Sprechhalle.

An die Adresse
des Herrn Johann Zupanc, gewesenen k. k. Bezirksvorstehers, nunmehrigen k. k. Bezirksgerichts-Adjunkten in Wippach.

Mein Herr!

Als ich mich am 13. Juli in Wippach befand, kam ich mit dem Herrn Franz Kavčić durch Zufall auf jenen einladenden Ort, den die Herren Wippacher „Pod Skalo“ zu benennen pflegen, und wo, wie ich erst jetzt erfahre, auch Sie, mein Herr! den ich nicht einmal persönlich zu kennen die Ehre habe, zugegen waren. Ich unterhielt mich durch längere Zeit mit dem Herrn Vorsic, und zwar meistentheils, jedoch nicht ausschließlich (was aber Sie nicht im geringsten angeht!) in der slovenischen Sprache, wodurch Sie, mein Herr! in den kläglichsten Zustand der Wuth und Verzweiflung gerathen sein sollen, ohne jedoch mich das Allgeringste davon merken zu lassen. Die Herren Deperis, Kulnil so wie dessen Sohn Otto, Viktor Dolenc und Vorsic waren Zeugen, wie Sie nach meiner Entfernung dem tobenden Strome Ihres verhaltenen Ingrimmes mit der geistreichen Aeußerung: „Dieser Mensch kann nicht deutsch!“ — Lust zu schaffen suchten. Mein Herr! warum zogen Sie nicht mich selbst, solange ich noch anwesend war, zur Verantwortung, wenn Sie den Muth dazu hatten? Abwesende zu verunglimpfen ist keine Kunst, aber gewiß auch nicht ehrenvoll! Begreifen Sie nicht, daß auch ich einem gewissen andern Menschen, welchen Sie vorzustellen die Ehre haben, in dessen Abwesenheit die Kenntniß jeder, nicht nur der deutschen Sprache auf eine ebenso wohlfeile Art streitig machen könnte? — Als Sie Herr Vorsic darauf gehührend zurechtwies, brachen Sie in die noch feinere, von dem hohen Kulturschiffe und der Würde eines gewesenen k. k. Bezirksvorstehers sicherlich nicht das allergünstigste Zeugniß ablegenden Schmähungen aus: „Ich behaupte, daß dieser Mensch nicht deutsch kann! Ein Mensch, der nur Eine Sprache spricht, kommt mir vor, wie ein Hund, welcher nur bellt!“ Mein Herr! Ihnen mag noch manches Andere vorkommen, was eben so absurd ist, wie diese Ihre hundsmäßige Vergleichung. Ich frage, hätte ich mich nur der deutschen Sprache bedient, würde ich in Ihren unbarmherzigen Augen auch dann nur gebellt haben? — Da Ihnen Herr Vorsic wiederholt entgegentrat, haben Sie später gegen selben sogar eine Klage anhängig gemacht, und zwar wegen „Misachtung des Beamtenstandes“!!!

Wer lacht da? Was hat der ganze, ehrenvolle Beamtenstand mit Ihrem persönlichen, excessiven Unwesen zu schaffen? Glauben Sie denn, die Welt zittere vor einer jeden im Gasthause ohne Noth in lächerliche Falten verzerrten Miene irgend eines vormärzlichen Bureauftraten noch jetzt, wie sie ehemals gejammert haben mag? Wenn Sie in Oesterreich noch Jemanden finden, der sich auf diese Art ins Bockshorn jagen läßt, so finden Sie eben Jemanden, der den politischen Weltgang verschlafen hat. Mein Herr! Wie können Sie, der Sie einmal k. k. Bezirksvorsteher waren und noch jetzt k. k. Bez.-Ger.-Adjunkt sind, vor der gebildeten Welt sich selbst so unbarmherzig lächerlich machen? Glauben denn Sie, der Sie selber keinen Tropfen germanischen Blutes in Ihren Zupanc-Adern führen mögen, daß das Deutschthum auf so schwachen Stellen stehe, um schon deshalb im innersten Marke erbeben zu müssen, wenn im slovenischen Lande beim Bier nicht deutsch parliert wird? Für Ihre so erhabene Meinung vom deutschen Wesen möge Ihnen Germania den Dank abstatten.

Es wird mir nie einfallen, Sie, mein Herr! zu Rathe zu ziehen, welcher Sprache ich mich in der Gesellschaft zu bedienen habe, sowenig es Sie angeht, wie vieler Sprachen ich mächtig sei; aber zurückweisen muß ich Ihren unverthämten Ausfall, ich hätte wie ein Hund gebellt, weil ich mich in der Conversation meiner Muttersprache bedient habe. Wenn Ihr Ausspruch wahr ist, daß Derjenige, welcher sich in der Gesellschaft nur Einer Sprache bedient, ein bellender

Hund sei, so scheinen Sie übersehen zu haben, daß folgerichtig auch Sie selbst, wenn Sie ausschließlich deutsch conversiren, ebenfalls die Ehre haben, wenn auch noch so grazios bellend, eine ähnliche Hundsvolle zu spielen!

Laibach, 30. Juli 1868.

Franz Drenik.

Verstorbene.

Den 24. Juli. Pasquale Bisani, Garfenist, alt 31 Jahre, im Civilspital an der Gehirnentzündung.
Den 25. Juli. Johann Klemenčič, Inwohner, alt 28 Jahre, im Civilspital, am Durchfall. — Bartholomäus Turšič, Tagelöhner, alt 38 Jahre, im Civilspital, an der Entkräftung. — Maria Števar, Inwohnerin, alt 73 Jahre, im Civilspital, an Altersschwäche.
Den 26. Juli. Dem Herrn Eduard Wiesler, k. k. Landesgerichts-Offizial, seine Gattin Anna, alt 28 Jahre, in der Stadt Nr. 206, am Typhus Abdominalis.
Den 27. Juli. Antonia Tončina, Inwohnerin, alt 65 Jahre, in der Stadt Nr. 96, gähe am Lungenblutsturz. — Maria Marčovič, Inwohnerin, alt 45 Jahre, im Civilspital, an der Entkräftung. — Jakob Ročmar, Laibacher Findling, alt 1 Monat, in der Polanavorstadt Nr. 51, an Schwäche.
Den 29. Juli. Herr Rudolf Gargniatti, pens. k. k. Bezirksamts-Kanzlist, alt 65 Jahre, in der Kravanvorstadt Nr. 73, am Zehrfeber. — Dem Herrn Valentin Roic, Gärtner und Hausbesitzer, sein Kind Anna, nothgetauft, in der Karlsbadervorstadt Nr. 25, todtgeboren, in Folge einer schweren Geburt. — Agnes Lufanc, Bedienerin, alt 44 Jahre, im Civilspital, am organischen Herzfehler.
Den 30. Juli. Franz Rudeš, Diurnist, alt 25 Jahre, im Civilspital, an der Rückenmarkschwindel. — Mathäus Floriančič, Inwohner, alt 54 Jahre, im Civilspital, an Entartung der Unterleibsorgane. — Dem Bartholomäus Krontel, Dehfler, sein Kind Johanna, alt 2 Jahre, in der Grabetzvorstadt Nr. 27, an der Abzehrung.

Ankündigung.

42-2.

Indem ich mich angenehm verpflichtet fühle, dem P. T. Publikum für den bisherigen Besuch meiner photographischen Anstalt meinen ergebensten Dank auszusprechen, gebe ich gleichzeitig bekannt, daß ich mein Atelier ganz neu hergerichtet habe, und empfehle mich weiterem zahlreichen Zuspruche.

Geneigte Bestellungen werden zu nachstehenden Preisen prompt und bestens befohrt:

Visitenkarten = format:

1 Duzend	3 fl. — fr.
1/2 „	1 „ 80 „
1 Stück	— „ 50 „

Im Besitze eines großen Apparates bin ich auch in der Lage,
große Bilder ganz billig
zu liefern.

L. Funtek,

Photograph, Grabischavorstadt, neben der
Klosterfrauenkirche Nr. 30.

Specielle Wirkung

16-3.

Anatherin - Mundwassers

von Dr. J. G. Popp, prakt. Zahnarzt in Wien, dargestellt von Dr. Julius Janel, prakt. Arzt u. c.
Verordnet auf der k. k. Klinik zu Wien von den Herren Dr. Professor Dypolzer, Rektor Magnif., k. k. Hofrath, Dr. Klejnski, Dr. Brants, Dr. Heller u. c.

Es dient zur Reinigung der Zähne überhaupt. Es löst durch seine chemischen Eigenschaften den Schleim zwischen und auf den Zähnen.

Besonders zu empfehlen ist dessen Gebrauch nach der Mahlzeit, weil die zwischen den Zähnen zurückgebliebenen Fleischtheile durch ihren Uebergang in Fäulniß die Entzündung der Zähne bedrohen und einen üblen Geruch aus dem Munde verbreiten.

Selbst in denjenigen Fällen, wo bereits der Weinstein sich abzulagern beginnt, wird es mit Vortheil angewendet, indem es der Erhärtung entgegenarbeitet. Denn, ist auch nur der kleinste Punkt eines Zahnes abgeprungen, so wird der so entblößte Zahn bald vom Weinstein ergriffen, geht jedenfalls zu Grunde und steckt die gesunden Zähne an.

Es gibt den Zähnen ihre schöne natürliche Farbe wieder, indem es jeden fremdartigen Ueberzug chemisch zersetzt und abspült.

Sehr nützlich bewährt es sich in Kleinerhaltung künstlicher Zähne. Es erhält dieselben in ihrer ursprünglichen Farbe, in ihrem Glanze, verhütet den Anfaß des Weinsteines, sowie es selbe vor jedem üblen Geruch bewahrt.

Es beschwichtigt nicht nur die Schmerzen, welche hohle und brandige Zähne mit sich bringen, sondern thut dem weiteren Umsichgreifen des Uebels Einhalt.

Ebenso bewährt sich das Anatherin-Mundwasser auch gegen Fäulniß im Zahnfleisch und als ein sicheres und verlässliches Befähigungsmittel bei Schmerzen von hohlen Zähnen, sowie bei rheumatischen Zahnschmerzen.

Das Anatherin-Mundwasser stillt leicht, sicher und ohne daß man irgend eine nachtheilige Folge zu befürchten hat, den Schmerz in der kürzesten Zeit.

Ueberaus schätzenswerth ist das Anatherin-Mundwasser in Erhaltung des Wohlgeruchs des Athems, sowie in Hebung und Entfernung eines vorhandenen übelriechenden Athems, und es genügt das täglich öftere Ausspülen des Mundes mit diesem Wasser.

Nicht genug zu empfehlen ist es bei schwammigem Zahnfleisch. Wird das Anatherin-Mundwasser kaum vier Wochen vorchriftsmäßig angewendet, so verschwindet die Wäße des kranken Zahnfleischs und macht einer gefälligeren Rosenröthe Platz.

Ebenso treffend bewährt sich das Anatherin-Mundwasser bei locker sitzenden Zähnen, einem Uebel, an dem so viele Scrophulose zu leiden pflegen, sowie auch, wenn im vorgedachten Alter ein Schwinden des Zahnfleischs eintritt.

Ein sicheres Mittel ist das Anatherin-Mundwasser ebenfalls bei leicht blutendem Zahnfleisch. Die Ursache hiervon liegt in der Schwäche der Zahngefäße. In diesem Falle ist eine fleisige Zahnbürste sogar erforderlich, da sie das Zahnfleisch stärkt, wodurch neue Thätigkeit hervorgerufen wird.

Zu haben in Laibach bei Anton Krišper, Josef Karinger, Joh. Krašnovič, Petričič & Pirker, Ed. Mahr und Krašnovič Witwe; — Krainburg bei F. Krišper; — Welsburg bei Heršič, Apotheker; — Marasbin bei Haller, Apotheker; — Rudolfsweert bei D. Nizzoli, Apotheker; — Gurkfeld bei Friedr. Böhmisch, Apotheker; — Stein bei Zaburk, Apotheker; — Wischoflak bei Karl Fabiani, Apotheker; — Gorz bei Franz Lazzar und Pontoni, Apotheker.